

**FU-BERLIN  
INSTITUT FÜR ETHNOLOGIE  
SCHWERPUNKT SOZIALANTHROPOLOGIE**

# **SOZIALANTHROPOLOGISCHE ARBEITSPAPIERE**

**geschäftsführende Redaktion:  
Julia Eckert**

**Nr. 78**

**Kristof Gosztonyi**

**Der Konfliktschlichtungsprozess in Mostar (Bosnien):  
Zwischen internationalem Druck und lokaler Obstruktion**

**1999**

**Das Arabische Buch # Horstweg 2 # 14059 Berlin  
ISSN 0932-5476  
Tel. 030/322 85 23  
e-mail: [info@das-arabische-buch.com](mailto:info@das-arabische-buch.com)**

## **Zur Herausgabe der "sozialanthropologischen Arbeitspapiere"**

Die Herausgabe der sozialanthropologischen Arbeitspapiere ist eine Initiative des Schwerpunkts Sozialanthropologie am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin. Absicht der Reihe ist es, erste Berichte aus noch unabgeschlossenen Forschungen einer Fachöffentlichkeit vorzustellen und zugänglich zu machen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf eigenen empirischen Untersuchungen innerhalb des Spektrums ethnologisch-sozialanthropologischer Forschung.

geschäftsführende Redaktion:  
Julia Eckert

Herausgeberbeirat:

Erdmute Alber  
Ayse Çaglar  
Georg Elwert  
Ute Luig  
Peter Probst  
Shalini Randeria  
Friedhelm Streiffler (HU Berlin)  
Thomas Zitelmann

## **Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme**

### **Gosztonyi, Kristof:**

Der Konfliktschlichtungsprozess in Mostar (Bosnien): zwischen  
internationalem Druck und lokaler Obstruktion / Kristof Gosztonyi. –  
Berlin : Das Arab. Buch, 1999  
(Sozialanthropologische Arbeitspapiere ; Nr. 78)  
ISBN 3-86093-217-9

Anschrift der Redaktion: Institut für Ethnologie  
Drosselweg 1-3  
D-14195 Berlin  
Tel: (030) 838 6725  
Fax: (030) 838 6728

# **Der Konfliktschlichtungsprozess in Mostar (Bosnien): Zwischen internationalem Druck und lokaler Obstruktion**

**von**

**Kristof Gosztonyi**

**Berlin 1999**

**Sozialanthropologische Arbeitspapiere**

**FU-Berlin - Institut für Ethnologie**

**Schwerpunkt Sozialanthropologie**



# **Der Konfliktschlichtungsprozess in Mostar (Bosnien). Zwischen internationalem Druck und lokaler Obstruktion.<sup>1</sup>**

Kristóf Gosztonyi

## **1. Einleitung**

Die wissenschaftliche Literatur über bewaffnete Konflikte hat viele Fortschritte gemacht. Relativ klar scheinen heute die Ursachen des Ausbruchs von gewalttätigen inneren Konflikten, ebenso wie die Gründe und Umstände ihrer Beendigung in Form von Friedensabkommen (Elwert 1989, 1995a, 1995b, Gurr 1995, Waldmann 1989, 1995, 1997, Zartmann 1995, Horowitz 1985 u.a.). Theoretisch nur ungenügend aufgearbeitet sind jedoch die Schwierigkeiten der Implementierung von Friedensabkommen. Die Implementierungsphase von Friedensabkommen ist voller Probleme. Ein Wiederaufflammen der bewaffneten Konflikte bleibt in der Regel noch auf lange Zeit nach Abschluß eines Friedensabkommens eine reelle Gefahr (vgl. Regan 1996).

Daß gleich zwei Forschungsarbeiten des Projekts, die über Äthiopien und die über Bosnien, diese theoretisch ansonsten kaum thematisierte Problematik behandeln, ist ein gewollter Akzent. Die Ereignisse in Äthiopien zeigen die Schwierigkeit, eine in einem Friedensabkommen festgelegte, nur begrenzt durch internationale Mittler unterstützte Neuordnung des Staates zu durchsetzen. Gegenwärtig scheint die Situation in Äthiopien wieder einer Eskalation entgegenzutreiben. Kann massive internationale Unterstützung einer erneuten Eskalation vorbeugen? Beruhend auf bosnischen Erfahrungen in einem Friedens-"Prozeß", kann die Frage mit einem vorsichtigen Ja beantwortet werden. Die Lösungswege bleiben jedoch schwierig, die Möglichkeit des Zusammenbruchs ist immer präsent.

Im folgenden werde ich den allgemeinen politischen Kontext darstellen, in den Mostar eingebettet ist. Erst auf dem Hintergrund dieser generellen

---

<sup>1</sup> Die Forschung fand im Rahmen des am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin durch die VW-Stiftung geförderten Projektes „Konflikttreiber-Konfliktschlichter“ statt.

Zusammenhänge werden die Ereignisse in Mostar verständlich. Nach der Erörterung des politischen Kontextes gehe ich auf die Darstellung der Situation in Mostar über. Die Beschreibung der Situation in einem eingegrenzten Teilraum des Gesamtkonflikts kann dabei weniger zur Erklärung als zur Darstellung der Konfliktschlichtungsprozesse herangezogen werden. Es wird dabei deutlich, daß der Grad der Implementierung vor Ort in direkter Korrelation zum auf der makropolitischen Ebene ausgeübten Druck auf die Konfliktparteien steht. Faktoren der Mikroebene sind in diesem Zusammenhang nur zweitrangig.

## ***2. Der allgemeine politische Kontext Mostars und der Föderation***

Drei politische Kräfte der makropolitischen Ebene haben die Mostarer Entwicklungen wesentlich mitbestimmt: (1) die internationale Gemeinschaft, (2) die Republik Kroatien (RH) zusammen mit dem bosnisch-kroatischen Para-Staat Herceg-Bosna (HB) und (3) die bosniakisch kontrollierte Regierung der Republik Bosnien-Herzegowinas (R BiH). Die Intensität des internationalen Engagements lieferte die wesentlichen Impulse, die den sich immer einstellenden Status Quo zugunsten einer weitergehenden Integration des Landes verändert hat. Zumindest in Bezug auf Mostar mußten sich die Energien der internationalen Gemeinschaft in erster Linie auf Kroatien richten, damit dieses seine inoffizielle Blockade gegenüber der Implementierung des Dayton-Abkommens einstellt. Als Ergebnis des internationalen Druckes kann man eine wachsende Verwirrung bosnisch-kroatischer Akteure und eine Abschwächung der negativen Einmischung Kroatiens feststellen. Die bosniakische Politik verhielt sich in der Frage von Mostar dagegen relativ gleichmäßig. Obwohl auch ihre Haltung aus der Perspektive der Konfliktschlichtung nicht ganz unproblematisch ist, so war ihr Verhalten im Falle Mostars doch relativ berechenbar und eher positiv.

### **2.1. Die Internationale Gemeinschaft**

Die an sich heterogene, als Begriff nur schwer faßbare internationale Gemeinschaft hat sich mit Hinsicht auf die Föderation und Mostar relativ einheitlich verhalten. Sie

unterstützte durchgehend die Implementierung des Föderations- und des Dayton-Abkommens. Verändert haben sich lediglich die Entschlossenheit und der Kraftaufwand ihres Engagements. Dabei kann man drei Phasen unterscheiden.

### *Phase I (1994-1996)*

Die erste Phase, die Bildung der Föderation, zeigte die erste erfolgreiche Einmischung der internationalen Gemeinschaft in den bosnischen Krieg. Das Muster dieser Einmischung hat sich seitdem öfters wiederholt: die USA übernahmen die Führung der ansonsten gespaltenen und unentschlossenen Staatengemeinschaft und begannen eine umfassende diplomatische, politische, ökonomische und ansatzweise militärische "Zuckerbrot-und-Peitsche"-Offensive gegen Kroatien. Der kroatischen Republik wurde dabei mit ökonomischen Sanktionen gedroht, die in diesem Moment des Krieges als eine militärische Sanktion gewirkt hätten. Es steht außer Zweifel, obwohl offiziell nie bestätigt, daß Kroatien indirekte militärische Hilfe zur Rückeroberung ihrer von aufständischen Serben besetzt gehaltenen Gebiete zugesagt wurde (Eenboom 1995:235, Rathfelder 1998, Glenny 1997)<sup>1</sup>. Weiterhin wurde der Republik Unterstützung bei ihrer weiteren europäischen Integration zugesagt.

Angesichts der amerikanischen Initiative mußte Kroatien einlenken. Im März 1994 wurde in Washington ein Friedensabkommen (das sog. Washington-Abkommen) unterschrieben, das auf der militärischen Seite die sofortige Einstellung der Kämpfe zwischen bosnischen Kroaten und Bosniaken und ihre weitere militärische Kooperation gegen die Serben zum Inhalt hatte. Auf der zivilen Seite schrieb das Abkommen die Bildung einer Föderation zwischen den Kriegsparteien vor. Das Abkommen von Washington sah für die zwischen Bosniaken und Kroaten heftig umkämpfte Stadt Mostar eine Sonderlösung vor: Sie sollte von einer von der EU gestellten Administration über zwei Jahre verwaltet und in dieser Zeit wiederaufgebaut und vereinigt werden.

---

<sup>1</sup> Es muß angemerkt werden, daß Holbrooke (1998) eine amerikanische Beteiligung an Ausbildung und Aufrüstung der kroatischen Armee verneint. Zahlreiche Berichte von Journalisten und Regionalexperten weisen jedoch eindeutig auf derartige amerikanische Aktivitäten hin.

Die Implementierung des Washington-Abkommens (ab März 1994) erlebte Schwierigkeiten, die für die Implementierung der weiteren international gebrokkerten Abkommen und Teilabkommen typisch werden sollten: Nur ein Teil des Abkommens, der militärische, wurde umgesetzt. Die Implementierung der zivilen Aspekte wurde so gut wie völlig boykottiert. Es wurden lediglich ein Präsident, sein Vertreter und die Minister der völlig machtlosen Föderationsregierung ernannt. Auf dem Boden regierten weiter die mononationalen Strukturen der Bosniaken und Kroaten in den militärisch von ihnen gesicherten Gebieten.

### *Phase II (1996-1997)*

Provokationen der Serben - das Gemetzel von Srebrenica und die Gefangennahme von UNO-Blauhelmen - leiteten die zweite, intensivere Phase des internationalen Engagements ein. Der vom pentagonnahen amerikanischen Unternehmen, Military Professional Resources Inc., ausgebildete kroatische Armee wurde grünes Licht zum Angriff auf die serbischen Aufständischen gegeben. Eine weitere Provokation - der serbische Beschuß des Sarajevoer Marktplatzes in August 1995 - wurde schließlich zum Auslöser von zweiwöchigen NATO-Luftangriffen auf bosnisch-serbische Stellungen. Darauf folgend begann eine siegreiche Offensive der Armeen der Föderation, in deren Folge die Serben erhebliche Geländeverluste in Kauf nehmen mußten. Das militärische Gleichgewicht in Bosnien hat sich endgültig zuungunsten der Serben verändert. Eine erneute diplomatische Initiative der Amerikaner, geführt ebenfalls nach der *Carrot-and-Stick*-Methode, führte schließlich zum Abschluß des Dayton-Abkommens (DA) im November desselben Jahres.

Das Dayton-Abkommen hatte, ähnlich dem Föderationsabkommen, sowohl militärische als auch politische Aspekte. Der militärische Aspekt betraf die Einstellung der Kampfhandlungen, Abrüstung und Ausbildung der noch zu schaffenden Föderationsarmee. Der politische Aspekt beinhaltete eine Konföderation zwischen der Föderation und der weitgehend autonomen Serbischen Republik. Wesentliche Punkte auf dem Wege der Implementierung



betrafen Wahlen, die Einhaltung von Menschenrechten, die Rückkehr von Flüchtlingen, Polizei, Verwaltung usw. Im Gegensatz zum Föderationsabkommen von 1994, für das lediglich die "schwache" EU-Administration als Implementierungshilfe angeboten wurde, sollte das Dayton-Abkommen durch die massive Präsenz von militärischen und zivilen internationalen Organisationen unterstützt und umgesetzt werden.

Die Umsetzung des Dayton-Abkommens zeigte anfänglich Parallelen zu der des Föderationsabkommens. Der militärische Teil wurde ohne nennenswerte Schwierigkeiten implementiert - der Kampf wurde eingestellt, die Armeen zogen sich von den Frontlinien zurück und erste Schritte mit dem Ziel der Abrüstung wurden unternommen. Im politischen Bereich war das Dayton-Abkommen zu Beginn jedoch wenig erfolgreich. Die im Abkommen vorgeschriebenen institutionellen Strukturen des neuen Bosniens wurden nur unter massivem internationalem Druck ins Leben gerufen und blieben weitgehend leere Hüllen. Das Gebiet wurde weiter von drei, faktisch völlig getrennten ethnischen (Para-) Staaten verwaltet. Im Vergleich zur Implementierung des Föderationsabkommens muß jedoch die umfassendere Formierung der institutionellen Strukturen als friedensfördernd hervorgehoben werden. Auch konnte man, trotz der am Anfang nur zögerlichen Umsetzung der zivilen Aspekte des Friedensabkommens, eine langsame Normalisierung des Lebens beobachten.

### *Phase III (1997-heute)*

Die langsame und unvollkommene Implementierung des Dayton-Abkommens im politischen Bereich kann auf die Sabotage von nationalistischen Extremisten v.a. unter Serben und Kroaten aber auch unter Bosniaken zurückgeführt werden, denen der Status Quo der Trennung oder eine Wiederaufnahme der Kämpfe als zweckdienlich erschien. Angesichts der stockenden Entwicklung in Bosnien blieben der internationalen Gemeinschaft zwei Alternativen, wenn sie den unhaltbaren Status Quo des Weder-Krieg-noch-Friedens nicht auf unabsehbare Zeit konservieren wollte: der Rückzug aus Bosnien, der sicherlich das Wiederaufflammen der Kämpfe bedeutet hätte, oder die Verstärkung des

Engagements, das, wie befürchtet wurde, zum offenen Widerstand gegen den internationalen Präsenz führen könnte. Die Entscheidung wurde zugunsten eines stärkeren Durchgreifens gefällt.

Dies kann als Beginn der dritten Phase des internationalen Engagements bezeichnet werden. Etwa ab dem späten Frühling 1997 sind die internationale Gemeinschaft und die im Feld tätigen internationalen Organisationen immer entschlossener in der Durchsetzung der Integration Bosniens (vgl. auch Holbrooke 1998:348-349). Eine Reihe von darauffolgenden Konfrontationen zwischen internationalen Organisationen und Nationalisten endeten mit einem Nachgeben der letzteren. Auf der Bonner Konferenz der Kontaktgruppe für Bosnien-Herzegowina am 9.-10. Dezember 1997 wurden die Kompetenzen des Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina erweitert (vgl. Office of the High Representative 1998:188-206). Jetzt kann er, wenn die bosnischen Konfliktparteien sich in einer wichtigen Frage nicht einigen können, per Arbitrage Entscheidungen treffen. Er ist weiterhin berechtigt, Politiker zu entlassen, die die Implementierung des Dayton-Abkommen blockieren. Von beiden Vollmachten hat er bereits öfters gebraucht gemacht, so z.B. bei der Entscheidung für die neue bosnische Fahne und bei der Entlassung des Bürgermeisters und des Polizeichefs von Stolac, die nicht gegen die Sprengung der Häuser von rückkehrenden bosniakischen Flüchtlingen vorgegangen sind.

Die neue Linie der internationalen Gemeinschaft hat die Implementierung des Dayton-Abkommens erheblich beschleunigt. Die Blockadepolitik der nationalistischen Blöcke erlitt Niederlagen, die Nationalisten sind in die Defensive gedrängt worden. Eine Reihe von Maßnahmen, die von Nationalisten vehement bekämpft wurden, konnten nach und nach durchgesetzt werden: Eine gemeinsame Polizei wurde in der Föderation eingeführt, die hetzerischen Medien werden zunehmend gezügelt, die neuen politischen Institutionen des Dayton-Abkommen beginnen zu funktionieren, eine neue Fahne, neue Nummernschilder und neues Geld wurden ausgegeben und vor kurzem gewann sogar die Flüchtlingsrückkehr an Schwung. Die Veränderungen betreffen auch die Parteilandschaft. Zuerst bei Bosniaken und Serben, kürzlich auch bei Kroaten konnten sich starke nicht- oder

nur gemäßigt nationale Parteien formieren, die durch den Wahlmechanismus die Monopolstellung der großen nationalen Parteien innerhalb ihrer ethnischen Gruppe angreifen. Eine dauerhafte Stabilisierung der Region scheint nun möglich.

## **2.2. Die bosniakische Politik - Republik Bosnien-Herzegowina**

Der zweite wichtige Faktor in Bezug auf Mostar, die bosniakische Politik, hat sich in ihren Zielsetzungen im Grunde kaum gewandelt. Bosniakische Politik kann hier vereinfachend mit der Politik der SDA, der herrschenden nationalen Partei der Bosniaken, gleichgesetzt werden. In ihren Zielsetzungen ist sie etwas gespalten - trotz der offiziell vertretenen Linie eines einheitlichen, multiethnischen Bosniens ist der mononationalistischen, separatistischen Strömung nie eine klare Absage erteilt worden. Da jedoch der Konfliktschlichtungsprozeß nur mit der Geschwindigkeit der am wenigsten kooperativen Konfliktseite, d.h. der kroatischen Seite, vorankommen kann, ist die bosniakische Kooperationsbereitschaft in Mostar noch nie ernsthaft getestet worden. Es scheint, daß die vorherrschende Richtung bezüglich Mostars die Mitarbeit mit den Vertretern der internationalen Gemeinschaft war, allen voran mit der Europäischen Administration (EUAM) und nach ihrer Auflösung mit ihren institutionellen Nachfolgern (OHR South).

Die konfliktschlichterischen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft kamen jedoch gelegentlich auch mit der bosniakischen Seite in Konflikt. Zuweilen verfolgten diese nämlich eine Strategie, die subtil auf Konfrontation mit der kroatischen Seite setzte und die Organisationen der internationalen Gemeinschaft dabei auf ihrer Seite in den Konflikt zu ziehen suchte. In Zukunft, falls sich aufgrund des internationalen Druckes unter Kroaten die Einsicht durchsetzen sollte, daß eine Einigung mit den Bosniaken unumgänglich sei, könnte die Unklarheit der SDA-Politik in Sachen bosniakische Dominanz noch ein erheblicher Problemfaktor werden. Die in Zentralbosnien und in viel geringerem Maße auch in Sarajevo erlebten Schwierigkeiten mit kroatischen Rückkehrern sind Anzeichen dieser Gefahr.

### **2.3. Die kroatische Politik - Herceg-Bosna und die Republik Kroatien**

Der letzte Faktor, die kroatische Seite, ist am schwierigsten zu beurteilen, da weder ihre Strukturen, noch ihre Zielsetzungen transparent sind. Zudem unterlag die kroatische Politik, die ähnlich der bosniakischen Seite mit der Politik einer herrschenden nationalen Partei, der HDZ und deren nur formell von ihr unabhängigen Ableger der HDZ BiH, identifiziert werden kann, großen Schwankungen. Während des bosnischen Krieges unterstützte Kroatien die bosnischen Kroaten offen und im beträchtlichen Umfang mit finanziellen und militärischen Mitteln, ganz besonders auch während des bosniakisch-kroatischen Konflikts in 1993-94. Das erste entschlossene und geschlossene Auftreten der internationalen Gemeinschaft, also die Phase I der internationalen Intervention, die auch die Gründung der Föderation zur Folge hatte, bewirkte auch eine Veränderung der kroatischen Unterstützung an Herceg-Bosna, den Para-Staat der bosnischen Kroaten: Die offenen Verbindungen zu Herceg-Bosna wurden gekappt, expansionistische "Gelüste" gegenüber Bosnien wurden offiziell bestritten, obwohl sie inoffiziell weiterhin die kroatische Politik bestimmten<sup>2</sup>.

Mit der kroatischen Unterstützung im Rücken konnten die bosnischen Kroaten eine Blockadepolitik gegenüber den integrativen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft betreiben. Die unausgesprochene Hoffnung war, man könne durch die ständige Sabotage der Implementierung die integrativen Aspekte der zwei Friedenspläne scheitern lassen. Dabei ist es unklar, inwiefern die Blockade von Kroatien aus bestimmt wurde, oder inwieweit die bosnischen Kroaten ihre Akzente der kroatischen Politik aufzwingen konnten. Es ist auch unklar, wieweit einzelne Regionen Herceg-Bosnas nach eigenem Gutdünken separatistische Politik betreiben konnten. Herceg-Bosna erscheint nach dem Krieg als schwacher Staat, der ausdrückliche Weisungen aus Kroatien zwar befolgt, ansonsten aber je nach

---

<sup>2</sup> Es muß angemerkt werden, daß nach der Schlappe des bosniakisch-kroatischen Krieges sich starke Kräfte innerhalb der herrschenden HDZ formiert hatten, die sich gegen eine Einmischung ihres Landes in die Angelegenheiten Bosniens aussprachen. Trotzdem scheint es, daß die Gestaltung der Bosnienpolitik Kroatiens weiterhin in der Hand der sogenannten Herzegowiner-Lobby blieb. Aufgrund dieses inneren Zwists und der klar ablehnenden Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber einer formalen Annexion der kroatisch gehaltenen Teile Bosniens kann man jedoch nicht von einer völlig eindeutigen kroatischen Haltung gegenüber Bosnien sprechen. Die expansionistische kroatische Bosnienpolitik könnte deshalb am treffendsten als ein präferiertes Szenario beschrieben werden, wobei es wahrscheinlich noch nicht einmal Klarheit über die Art einer späteren Annexion gab.

Region und sogar innerhalb einer Region je nach Interessengruppe sehr uneinheitlich agiert (Gosztanyi 1998).

Die Blockadepolitik eines so kleinen Para-Staates wie Herceg-Bosna (mit lediglich etwa 400.000 Einwohnern) konnte nur unter zwei Bedingungen fortgeführt werden: Zum einen durch die Gewißheit der externen kroatischen Unterstützung und zum anderen durch die Wahrnehmung der Unentschlossenheit und zeitlich begrenzten Dauer der internationalen Intervention. Die Entwicklungen der letzten Zeit (vgl. Phase III der internationalen Intervention) stellten beide Annahmen in Frage. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft griff Kroatien immer wieder disziplinierend in die bosnisch-kroatische Politik ein. Der letzte solche Eingriff erfolgte im Herbst 1997, als die USA eine massive diplomatische und politische Offensive gegen Kroatien gestartet hatte. Anlaß war der internationale Unmut über Kroatien: Weder hat das Land seine expansionistische Politik Bosnien gegenüber wirklich aufgegeben, noch hat es sich an seine Zusagen gehalten, die Demokratisierung im eigenen Lande voranzutreiben und die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge zu ermöglichen. Die kroatische Führung gab unter massivem internationalen Druck nach. Neben einigen personellen Wechseln in der herceg-bosnischen Politik wurden auch zehn der wegen Kriegsverbrechen angeklagten bosnischen Kroaten dem Haager Tribunal übergeben. Die psychologische Wirkung dieser Auslieferung unter bosnischen Kroaten war drastisch. Sie mußten erkennen, daß ihre Interessen im Notfall denen des Mutterlandes geopfert werden würden.

Der immer deutlicher werdende Konsensus unter den Staaten der internationalen Gemeinschaft, Bosnien nicht unverrichteter Dinge zu verlassen, konnte nicht ohne Wirkung auf die bosnischen Kroaten bleiben. Angesichts der entschlossenen internationalen Absage gegenüber einer Sezession und der unsicheren Unterstützung seitens Kroatiens verliert die Widerstandsoption durch Blockade an Attraktivität. Es wird den bosnischen Kroaten zunehmend deutlich, daß ihre Zukunft in Bosnien liegen muß. Die gegenwärtigen Zerwürfnisse in der bosnisch-kroatischen Politik müssen in diesem Lichte betrachtet werden: Auf der 5. Hauptversammlung der HDZ BiH in Mai 1998 widersetzten sich die Parteivertreter dem Wunschkandidaten Präsident Tudjmans für den Parteivorsitz. Gewählt wurde

der von Tudjman ausdrücklich abgelehnte Ante Jelavic. Ein derartiger Ungehorsam ist bis dahin nicht vorgekommen. Wenige Tage später meldete sich Kresimir Zubak zu Wort, der Anführer der durch Jelavics Wahl zu kurz gekommenen Fraktion der HDZ, er wolle eine eigene Partei mit anderen prominenten kroatischen Politikern gründen.

Die Hintergründe der Spaltung sind nicht klar. Die von der Presse offerierte Erklärung einer Spaltung zwischen herzegowinischen Hard-Linern und kompromißbereiten Zentralbosniern ist nicht befriedigend, da beide Fraktionen sowohl Hard-Liner und Kompromißbereite als auch Herzegowiner und Zentralbosnier in ihren Reihen haben. Es kann sich allenfalls um Tendenzen handeln, die die jetzt verfeindeten Fraktionen auf ihrer Positionssuche im Parteienspektrum in Zukunft vielleicht tatsächlich ausfüllen werden. Die Spaltung ist jedoch ein klares Anzeichen dafür, daß bosnisch-kroatische Politiker ihrer Zukunft nicht mehr notwendigerweise durch Loyalität zu Kroatien am besten gedient sehen. Die einzige Alternative zum erträumten Anschluß an Kroatien ist eine Annäherung an die internationale Gemeinschaft und die bosniakische Seite. Es mag sein, daß bosnische Kroaten jetzt zum ersten Mal konstruktiv, mit Blick auf die bestmögliche Sicherung ihrer Zukunft in Bosnien verhandeln werden.

### **3. Internationale Konfliktschlichtung - Mostar ab 1992**

Da die kriegerischen Ereignisse in Mostar im Antrag ausführlich geschildert wurden, möchte ich das Thema an dieser Stelle nur kurz behandeln. Ausführlich werden jedoch die Ereignisse dargelegt, die sich nach dem Einsetzen der internationalen Konfliktschlichtungsversuche ereignet haben. Dies betrifft den Zeitraum nach März 1994, der Zeitpunkt der Gründung der Föderation. Dabei greife ich auf die im vorigen Abschnitt erörterten drei Phasen der internationalen Intervention zurück. Ich möchte dabei zeigen, wie die durch den stärkeren internationalen Druck von den Nationalisten abgerungenen "Freiräume der Konfliktschlichtung" auf der Mikroebene (Mostar) mit Inhalt gefüllt wurden. Es wird dabei deutlich, daß die wesentlichen Impulse der Konfliktschlichtung von außen, von der internationalen Gemeinschaft an die lokalen Strukturen herangetragen

wurden. Endogene Initiativen der Konfliktschlichtung gab es kaum und wenn es sie gab, so waren sie schwach und konnten im Grunde nur durch die Präsenz und den Schutz der internationalen Organisationen (sofern der ausreichte) wirken.

### **3.1. Mostar im Krieg - 1992-1994**

Im Laufe des bosnischen Krieges erlebte Mostar zwei Mal direkte Kampfhandlungen. Die Stadt wurde gleich am Anfang des Krieges, im Frühjahr 1992, von der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) und serbischen Freischärlern besetzt. Schon nach wenigen Monaten gelang es jedoch den spontan v.a. aus Kroaten und Moslems gebildeten Kampfverbänden und Milizen, die Stadt zu "befreien"<sup>3</sup>.

Der Friede in Mostar währte nicht lange. Auslöser waren Entwicklungen in der Bosnienpolitik der neugegründeten Kroatischen Republik. Dort hat sich nämlich eine expansionistische Richtung durchgesetzt, deren Zielsetzung die Annexion der schwerpunktmäßig kroatisch besiedelten Teile Bosniens war. Durch die Unterstützung der Republik Kroatien gewannen bald sezessionistische Kräfte auch unter den Kroaten Bosniens die Oberhand. Kroatische Politiker oder Milizenführer, die sich für ein einheitliches Bosnien eingesetzt hatten, wurden ins politische Abseits gedrängt; manche wurden getötet (Rathfelder 1998). Die Kollision zwischen der bosniakisch dominierten bosnischen Regierung, die an der Einheit des Landes festhielt, und den sezessionistischen bosnischen Kroaten ließ sich nicht mehr aufhalten. Der "Krieg im Krieg", wie der Konflikt zwischen Kroaten und Bosniaken manchmal genannt wurde, brach im Frühling 1993 aus.

Mostar wurde bald Schauplatz heftiger Kämpfe. Obwohl militärisch unterlegen und von Nachschub fast vollkommen abgeschnitten, konnten die Bosniaken Mostars dem kroatischen Druck widerstehen: Die Stadt wurde in eine bosniakische Ost- und

---

<sup>3</sup> Für eine minutiöse Beschreibung der Kampfhandlungen siehe Rotim (1997) oder Bjelakovic/ Strazzari (1999).

eine kroatische Westhälfte geteilt. Die ungünstige militärische Lage der Kroaten in Zentralbosnien und der wachsende internationale Druck führten nach einem Jahr des Krieges zur Einstellung der Kampfhandlungen und im Rahmen des sogenannten Washington-Abkommens zur Gründung der Föderation von Bosnien und Herzegowina. Eine dem Föderationsabkommen entsprechende Vereinigung der inzwischen ethnisch weitgehend "reinen" kroatischen und bosniakischen Gebiete fand jedoch nicht statt. Diese existierten als separate Entitäten weiter, nur die militärischen Aspekte des Abkommens - die Einstellung der Kämpfe und die militärische Kooperation gegen die Serben - wurden mit einigem Erfolg umgesetzt.

### **3.2. "Phase I" der internationalen Intervention**

Um die Implementierung der Föderation zu unterstützen, übernahm die Europäische Union für zwei Jahre die Verwaltung der geteilten Stadt Mostar - der kritischste Punkt der kroatisch-bosniakischen Föderation. Das Mandat der EU-Verwaltung, niedergelegt im sog. "Memorandum of Understanding" (MoU), hatte zwei Schwerpunkte: Wiedervereinigung und Wiederaufbau. Erfolge konnten anfänglich nur im Bereich des Wiederaufbaus verzeichnet werden. Unter den begrenzten Erfolgen, die zum Bereich der politischen Implementierung gezählt werden können, ist u.a. die Möglichkeit des Grenzübertritts von täglich 300 Personen zu nennen. Betroffen waren nur Frauen bzw. Männer unter 16 oder über 60 Jahren sowie einige wenige Personen mit Sondergenehmigungen wie z.B. der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Mostar. Bedingt als Erfolg kann auch die Etablierung von regelmäßigen Treffen (Principal Counsellours Meeting) zwischen den Bürgermeistern und Verwaltungsvorstehern beider Stadthälften beim EU Administrator Hans Koschnick gewertet werden.

Obwohl dem Administrator im MoU beinahe diktatorische Vollmachten gegeben wurden, mußte er sich bei der Umsetzung seiner Entscheidungen auf schon vorhandene administrative Strukturen der beiden Stadthälften verlassen. Zwei völlig getrennte ethnische Verwaltungen, die eine kroatisch, die andere bosniakisch, existierten weiter und blockierten jede Veränderung in Richtung auf eine Wiedervereinigung und Konfliktschlichtung. Besonders obstruktiv war die



kroatische Seite. Der Status Quo der Teilung sowohl Mostars als auch der gesamten Föderation entsprach ihren separatistischen Zielsetzungen. Angesichts dieser Blockade appellierte Koschnick an die Europäischen Staaten, stärkeren Druck auf Kroatien auszuüben, um so die bosnischen Kroaten zu mehr Kooperation zu zwingen. Seine Aufrufe wurden aber ignoriert, für eine stärkere, konzentrierte Aktion gab es noch keinen Konsens (Koschnick/ Schneider 1995). Der Raum für Konfliktschlichtung war damit erschöpft. Die Schwäche der Intervention bei gleichzeitigem Unwillen zur Kooperation seitens der Konfliktparteien (v.a. Kroaten) erlaubte keine weiteren Fortschritte.

Das Leben in Mostar selbst blieb gespannt. Zwischenfälle, wie die Festnahme eines von der bosniakischen Seite wegen Kriegsverbrechen gesuchten kroatischen Kämpfers an einem bosniakischen Checkpoint führte um ein Haar zum erneuten Ausbruch der Kämpfe (Koschnick/ Schneider 1995:160-163). Nur die diplomatische Intervention der EUAM konnte die Situation entschärfen: Der Gefangene wurde im Austausch für in der Zwischenzeit festgenommene bosniakische Geiseln ausgetauscht. Ein weiteres Anzeichen für die Gespanntheit der Lage war die durch die Anwesenheit der EUAM nur etwas gedrosselte, aber fortschreitende ethnische Säuberung (fast ausschließlich) auf der kroatischen Seite. Die bosniakische Seite war aufgrund der früheren kriegerischen Ereignisse ethnisch ohnehin fast gänzlich "rein". Die EUAM konnte also auch in diesem Bereich nur im Sinne der Konfliktdrosselung und Konfliktprevention wirken. Eine wirkliche Schlichtung konnte sie nicht herbeiführen, da hierfür der politische Wille der Konfliktparteien fehlte, und da die Mission nicht ausreichend mit Macht ausgestattet war, um ihr Mandat auch gegen Widerstreben durchsetzen zu können.

### **3.3. "Phase II" der internationalen Intervention**

Die festgefahrene Situation erhielt erst ein Jahr nach Ankunft der EUAM neue Impulse. Zweiwöchige NATO Luftschläge gegen serbische Stellungen gingen in eine gemeinsame bosniakisch-kroatische Offensive über. Die Serben wurden an mehreren Fronten zurückgedrängt, das Gleichgewicht der Kräfte wurde nachhaltig verändert. Massiver internationaler Druck führte in dem Kontext des neuen

Kräftegleichgewichts auf dem Boden zum Abschluß des Dayton-Abkommens, das den dreijährigen blutigen Krieg in Bosnien beendet hatte (vgl. Holbrooke).

Für Mostar sah das Dayton-Abkommen insbesondere einen gemeinsamen Statut sowie die Definition von sechs Stadtgemeinden vor, von denen drei eine kroatische und drei eine bosniakische Mehrheit haben sollten. Zusammen sollten die Gemeinden die Stadt Mostar bilden. Schon bald wurde die von Experten beider Seiten ausgearbeitete gemeinsame Verfassung angenommen. Bei der Ziehung der neuen Gemeindegrenzen konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Die kroatische Seite bestand auf einer genauen Befolgung der Konfrontationslinie, während die bosniakische Seite die Grenzen durchbrechen wollte. Als Kompromißlösung wurde die Einarbeitung einer Zentralen Zone vorgeschlagen, die die Trennung durch die Konfrontationslinie zwar aufbrechen, aber gemeinsam durch den Stadtrat von beiden Seiten verwaltet werden sollte. Trotzdem konnte keine Einigung erzielt werden. Die kroatische Seite wollte die Zentralzone möglichst klein, die bosniakische Seite möglichst groß halten.

Die darauffolgende Arbitrageentscheidung des Administrators, die in der Größe der Zentralzone den bosniakischen Vorstellungen näherstand, führte schließlich zu Ausschreitungen von Kroaten. Der durch Medienberichte aufgebrachte und von ex-Soldaten und Kriminellen gelenkte kroatische Pöbel griff den gepanzerten Wagen von Hans Koschnick an: Der Administrator entkam nur um Haaresbreite dem Tod. Das diplomatische Patt wurde in Rom auf dem Treffen der EU-Präsidentschaft gelöst. Die Größe der Zentralzone wurde kroatischen Vorstellungen entsprechend verkleinert, diese mußten jedoch die Bewegungsfreiheit (FoM) zwischen den zwei Stadthälften und die unter Mitarbeit von WEU-Polizisten geführte gemeinsame Polizei implementieren. Enttäuscht von der mangelnden Unterstützung der EU-Präsidentschaft für seine Arbitrage-Entscheidung gab der Administrator Hans Koschnick sein Mandat zurück. Sein Nachfolger wurde der Spanier Perez-Casado.

Die nächste Aufgabe der EU Administration war das Abhalten von lokalen Wahlen für die im provisorischen Statut geschaffenen Institutionen der Stadt- und Gemeinderäte. Die Mostarer Wahlen waren zwei Monate vor den für die im

September 1996 geplanten landesweiten Wahlen quasi als Test vorgesehen. Bald ergaben sich jedoch Schwierigkeiten. Diesmal weigerte sich die bosniakische Seite, an den Wahlen teilzunehmen. Sie begründeten ihre Weigerung damit, daß die im MoU postulierte Rückkehr der Flüchtlinge noch nicht stattgefunden habe. Tatsächlich wird auch die numerische Unterlegenheit der Bosniaken in der Stadt eine Rolle gespielt haben - sie konnten nur mit den Stimmen der Flüchtlinge auf ein gutes Wahlergebnis hoffen. Der ebenfalls auf hoher politischer Ebene durchgesetzte Kompromiß sah die Errichtung von vier Wahllokalen in europäischen Ländern mit großer Mostarer Flüchtlingsbevölkerungen vor: in der Schweiz, in Deutschland, in Norwegen und in Schweden.

Die Auszählung der Ergebnisse ergab einen knappen bosniakischen Sieg. Diesmal war es die kroatische Seite, die unter Berufung auf Unstimmigkeiten bei der Zählung der Bonner Ergebnisse sich weigerte, die Wahl anzuerkennen. Der Einspruch der kroatischen Seite wurde vom Ombudsmann der EUAM abgewiesen, wobei es auch internationalerseits Zweifel an der juristischen Korrektheit der Entscheidung gab (vgl. ICG 1996). Der fortgesetzte Widerstand der kroatische Seite, die Wahlergebnisse zu implementieren, wurde mit internationalem Druck auf allen Ebenen - auf der Ebene Kroatiens, der Föderation und der Parteiführung der HDZ - beantwortet. Schließlich wurde die kroatische Führung Mostars zum Einlenken gezwungen, der gewählte Stadtrat kam zusammen - ein Bürgermeister und sein Stellvertreter wurden gewählt. Allerdings blieb der so gewählte Stadtrat zunächst völlig machtlos. Offiziell nicht mehr existierende Parallelinstitutionen behielten weiter die faktische administrative Macht.

Das Alltagsleben hat sich in dieser Zeit etwas weiter entspannt, obwohl es immer wieder zu Spannungen kam, die die mühsam errichteten gemeinsamen Institutionen der Stadt in Gefahr brachten. Am 10. Februar 1997 schließlich kam es zum erneuten dramatischen Ausbruch der Gewalt (ICG 1997). Eine bosniakische Menge wollte zu Ehren des Bajrams einen in der Nähe der Konfrontationslinie auf kroatischer Seite gelegenen Friedhof besuchen. Die Menge wurde vom bosniakischen Stellvertretenden Bürgermeister Safet Orucevic und von dem Mufti Seid Smajkic angeführt. Wenige Meter vor dem Friedhof entwickelte sich ein

Handgemenge zwischen den Bosniaken und der kroatischen Polizei sowie Zivilpersonen (z.T. vermutlich Polizisten in Zivilkleidung). Schüsse fielen, ein Bosniake wurde getötet, 22 verletzt. Schnell eskalierte die Lage, die Kommunikation zwischen beiden Stadthälften wurde unterbrochen, bewaffnete Männer sammelten sich auf beiden Seiten. Trotz der zögerlichen Reaktion der internationalen Gemeinschaft - weder SFOR noch UNIPTF waren in ausreichender Zahl und rechtzeitig zur Stelle - kam es glücklicherweise nicht zu Gefechten. Erst mit großer Verspätung erschienen stärkere spanische Verbände an der Konfrontationslinie.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft war wie gewohnt lasch, und die Situation in Mostar drohte völlig außer Kontrolle zu geraten. Dies änderte sich plötzlich, als zwei der mit den Unruhen in Mostar in Zusammenhang gebrachten Warlords, Mladen Naletilic, genannt Tuta und Vinko Martinovic, genannt Stela, in Kroatien verhaftet wurden (OMRI Daily Digest No. 41, Part II, 27 February 1997). Es ist nicht klar, ob es Vereinbarungen mit Kroatien hinter den Kulissen gegeben hat. Fest steht, daß Vertreter der internationalen Gemeinschaft schon seit langem auf die Beseitigung dieser Rädelsführer gedrängt hatten. Etwa gleichzeitig mit diesen Entwicklungen zeigte sich auch SFOR entschlossener. Daß ihnen seitens der Bevölkerung diesmal mehr Respekt entgegen gebracht wurde, liegt nicht zuletzt daran, daß zusätzlich zu den eher belächelten spanischen Truppen auch die als gute Soldaten geltenden Franzosen an Patrouillen teilnahmen.

### **3.4. "Phase III" der internationalen Intervention**

Mehr als ein Jahr nach Unterzeichnung des Dayton-Abkommens waren die vorzuweisenden Ergebnisse im zivilen Bereich nicht gerade glänzend. Zwar konnten die institutionellen Skelette des Dayton-Abkommens implementiert werden, aber sie blieben weitgehend machtlos; nur auf massiven internationalen Druck hin brachten sie Beschlüsse zustande. In den meisten anderen administrativen Bereichen wie Polizei, Gerichtswesen, Post, Energielieferung usw. gab es keine Fortschritte. Immer noch waren es mononationale Schatteninstitutionen, die die wirkliche administrative Macht innehatten. Eine

härtere Gangart mußte gewagt werden. Das schließlich doch entschlossenerere Auftreten von SFOR in Mostar kann vielleicht schon als Vorbote dieser geänderten Haltung gesehen werden.

Nun begann die internationale Gemeinschaft, Zielsetzungen ins Visier zu nehmen, die zuvor nicht möglich gewesen wären. An der Tagesordnung standen die gesamtbosnischen Gemeindewahlen, die ein Jahr zuvor als riskant angesehen und deshalb abgeblasen wurden, die Vereinigung der kantonalen Polizei, die Zügelung der Hetzpropaganda, der weitere Ausbau und die Stärkung der gemeinsamen Institutionen und schließlich auch das Kernproblem der Flüchtlingsrückkehr. Keine von diesen Aufgaben konnte ohne Schwierigkeiten erfüllt werden, aber in allen diesen Bereichen wurden Fortschritte erzielt.

Die Wahlen wurden trotz kroatischen Widerstandes abgehalten und die Ergebnisse implementiert. Die Vereinigung der kantonalen Polizei wurde durchgesetzt. Polizisten der jeweiligen Minderheit arbeiten an Polizeistationen im Gebiet der jeweiligen ethnischen Mehrheitsbevölkerung. Journalisten und Redakteure wurden zum Verlassen ihrer Posten gezwungen, wenn die von der OSZE eingesetzte und aus lokalen Experten aller Seiten bestehende Media Expert Subcommission ihre Beiträge als hetzerisch und unwahr definierten. Auch im Bereich der Institutionen scheint es Fortschritte zu geben: mehr und mehr werden sie, so hat man den Eindruck, tatsächlich Orte des Entscheidens. Schließlich wurde auch das als besonders schwierig erachtete Problem der Flüchtlingsrückkehr in Angriff genommen. Die wie üblich langwierigen Verhandlungen wurden nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die bosniakische Seite die prioritäre Rückkehr ihrer Flüchtlinge in militärstrategisch entscheidende kroatisch gehaltene Gebiete forderte.

Es ist Bewegung geraten in die Implementierung des Friedensabkommens. Trotz des intensiver werdenden Druckes konnte man Herbst 97 und Frühling 98 eine zunehmende Entspannung und Normalisierung des Lebens beobachten und auch die Sicherheitslage verbesserte sich. Als in September 1995 eine Autobombe von enormer Zerstörungskraft im kroatischen West-Mostar explodierte, wurden zwar

gegenseitige Beschuldigungen laut - Kroaten beschuldigten moslemische Fundamentalisten, Bosniaken hingegen kroatische Extremisten; aber die Stadt stürzte nicht mehr in die zuvor bei ähnlichen Fällen übliche Anarchie. Nur Bestürzung konnte man auf der kroatischen Seite erkennen<sup>4</sup>.

Es wird deutlich, daß auf Karriere bedachte Politiker - in erster Linie ehemalige kommunistische Kader, die nur einige Jahre zuvor noch "Brüderlichkeit und Einheit<sup>5</sup>" gepredigt hatten - sich vor einem unangenehmen Dilemma sehen: Entweder geben sie den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach und müssen die Rache der echten Nationalisten fürchten, oder sie vertreten weiterhin nationalistische Positionen, werden aber von den Sanktionen der internationalen Gemeinschaft bedroht (vgl. Interview). Sie befinden sich, wie die amerikanische Redewendung besagt, zwischen einem Felsen und einem spitzen Stein. Gut geht es auch den eingefleischten Nationalisten nicht. Im Herbst 1997 und Frühling 1998 konnte man in den Kreisen der kroatischen Elite wiederholt Klagen über Kopfschmerzen und Depressionen hören (vgl. Feldforschungstagebuch 14.10.1997). Ihr Traum von Unabhängigkeit scheint nicht mehr realisierbar zu sein.

Die veränderte politische Lage und die langsame Einkehr des Rechtsstaates läßt jedoch andere hoffen. So äußern sich Mitglieder oppositioneller, nicht national orientierter Parteien optimistisch. Langsam sehen sie eine Chance für sich, Parteiarbeit sowohl in Ost- wie auch in West-Mostar leisten zu können. Noch fühlen sie sich nicht völlig sicher. Das Beispiel Jozo Jole Musas, auf den nach seiner Kandidatur für die Wahlen in 1996 zwei Anschläge verübt wurden, schreckt ab. Die optimistische Lagebeurteilung dieser Parteien läßt jedoch auf eine politische Trendwende hoffen.

---

<sup>4</sup> Monate später wurden die Täter - arabische Extremisten, möglicherweise eine Art Mujahedin - schließlich gefaßt. Das bosniakisch dominierte Gericht in Zenica (Zentralbosnien) identifizierte den Tatbestand nur als "Rache" und nicht als "Terrorismus", als es eigentlich hätte gelten sollen. Damit wurde die Bemessung eines wesentlich geringeren Strafmaßes möglich.

<sup>5</sup> *Bratstvo i jedinstvo* - "Brüderlichkeit und Einheit" war der Slogan des stark anti-nationalistischen titoistischen Jugoslawiens.

#### **4. Analyse**

Die obigen Ausführungen haben verdeutlicht, daß die wesentlichen Impulse zur Konfliktschlichtung von oben, von der makropolitischen Ebene der internationalen Gemeinschaft ausgingen. Die Intensität dieser Impulse haben das Tempo und die Form der Konfliktschlichtung in Mostar und allgemein auch in Bosnien bestimmt. In drei unterschiedlichen Phasen, die der Intensität nach immer stärker wurden, konnte die internationale Gemeinschaft den Friedensprozeß voranbringen. Die völlige Ausschöpfung der schlichterischen Möglichkeiten bei einer gegebenen Intensität der Intervention zwang dann die Staaten der internationalen Gemeinschaft, sich in einem noch höheren Maße in Bosnien zu engagieren.

Ähnlich der schlichtenden Initiativen der internationalen Gemeinschaft gingen die wesentlichen Impulse der *Blockade* ebenfalls von der makropolitischen Ebene aus - von der Republik Kroatien. Dabei konnte jedoch auch die lokale Ebene der kroatischen Politik Akzente setzen. Lokale politische Kräfte konnten heftiger und brutaler blockieren, als dies von Zagreb erwünscht worden war; sie konnten den Friedensprozeß sogar in Punkten blockieren, die für das makropolitische Schema Zagrebs keine große Wichtigkeit hatten. Ein Beispiel hierfür ist der Angriff auf Hans Koschnick nach seiner Arbitrage-Entscheidung. Es fällt schwer, sich vorzustellen, daß für die annexionistische Politik Kroatiens die administrative Zugehörigkeit von zwei Straßenzügen große Bedeutung hätte haben können. Hier zwang eher die lokale kroatische Politik von Mostar Zagreb ihre Prioritäten auf.

Im Gegensatz zu der lokalen Blockade des Friedensprozesses konnte eine lokale Unterstützung dieses Prozesses aber nicht beobachtet werden. Strukturen, die entsprechende Aktionen hätten einleiten können, hat es am Forschungsort bisher noch nicht gegeben. Angesichts der drohenden Gewalt der Extremisten beider Seiten wäre die Vorbereitung von Aktionen, die auf Ausgleich und Frieden zielen, wenig ratsam. Hier stößt man auf ein zentrales Problem des Friedensprozesses. Ein dauerhafter Frieden ist nur dann erreichbar, wenn die Strukturen, die diesen sichern, von der Bevölkerung angenommen werden. Ohne einem effektiven Gewaltausschluß ist dies aber nicht zu erwarten.

Was kann und was tut die internationale Gemeinschaft, um langfristig eine lokale Annahme der Konfliktschlichtung zu erreichen? Die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft konzentrieren sich auf zwei miteinander verwandte Bereiche. Zum einen versucht sie blockierende Strukturen, d.h. nationalistische Kräfte, durch alle Arten der Machtpolitik zu schwächen und zu einer Revision ihrer Politik zu zwingen. Diese Strategie zeigt zunehmend Erfolge. Kroatien sind hinsichtlich seiner expansionistischen Politik mehrfach Niederlagen zugefügt worden, was seinen Willen und seine Fähigkeit, störend in den Friedensprozeß einzugreifen, erheblich beeinträchtigt. Der internationale Druck auf die bosniakische Seite ist ebenfalls wichtig, aber nicht im selben Maße wie bei Kroatien, da Grundsätze der bosniakischen Politik eher kompatibel mit der Konfliktschlichtung der internationalen Gemeinschaft sind. Aber auch hier gäbe es hegemoniale Tendenzen zu bekämpfen. Die diesbezüglichen Bemühungen müßten umso mehr verstärkt werden, je stärker bei den anderen nationalen Gruppen eine Bereitschaft entstünde, ein gemeinsames Bosnien zu akzeptieren. Eine auf Dominanz ausgerichtete bosniakische Politik wäre bei einer solchen Entwicklung verhängnisvoll.

Die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft richten sich zum anderen auf die Herstellung des Rechtsstaates und funktionierender demokratischer Strukturen. Der Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ist im Grunde ein direkter Angriff auf die Macht der nationalistischen Parteien, da ihre Macht auf der nicht-rechtsstaatlichen Kontrolle der Institutionen der Machtausübung beruht. Diese Institutionen sind die Armee, die Polizei, kriminelle Netzwerke, die Medien und die Verwaltung. Zudem muß auch ihre Fähigkeit genannt werden, die Wahrnehmung der politischen Realität zu manipulieren. Auf diese Weise können nationale Parteien Situationen der Bedrohung der eigenen Nation schaffen, in der sie sich als einzige Rettung präsentieren können.

Die Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen entreißt den herrschenden nationalen Parteien genau diese Machtinstrumente. Als Folge können oppositionelle, nicht-nationalistische Parteien wachsen und durch den Wahlmechanismus an Einfluß gewinnen. Sind die nicht-nationalistischen Parteien



aber durch Wählerstimmen abgestützt, so bedeutet das auch, daß die Option der Konfliktschlichtung an Akzeptanz gewonnen hat. Eine langfristige Stabilisierung wäre so möglich.

### **Zitierte Literatur**

- Bjelakovic, Nebojsa/ Strazzari, Francesco. 1999. The Sack of Mostar, 1992-1994: The Politico-Military Connection. (in print) In:
- Elwert, Georg. 1989. Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Nr.3, S.440-464.
- Elwert, Georg. 1995. Gewalt und Märkte. In: *Festschrift für Lars Clausen*.
- Elwert, Georg. 1995. Boundaries, Cohesion and Switching. On We-Groups in Ethnic and Religious Form. Vortragsmanuskript (Bern).
- Gurr, Ted Robert. 1995. Transforming Ethnopolitical Conflicts: Exit, Autonomy or Access. In: Rupesinghe, Kumar (Hg.). *Conflict Transformation*. MacMillan: Houndmills, Basingstoke, Hampshire. S.1-30.
- Holbrooke, Richard. 1998. To End a War. New York: Random House.
- Horowitz, Donald L. 1985. *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley, CA: University of California Press.
- International Crisis Group (ICG) (Hg.). 1996. *Mostar Elections Political Analysis, July 13 1996*. Report 12. <http://www.intl-crisis-group.org/projects/bosnia/reports/bh12arep.htm>.
- International Crisis Group (ICG) (Hg.). 1997. *Grave Situation in Mostar, February 13, 1997*. Report 19. <http://www.intl-crisis-group.org/projects/bosnia/reports/bh19rep.htm>
- Koschnick, Hans/ Schneider, Jens. 1995. Brücke über die Neretva. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Office of the High Representative (OHR) (Hg.). 1998. *Bosnia and Herzegovina. Essential Texts*. Sarajevo: OKO.
- Rösel, Jakob. 1997. Vom ethnischen Antagonismus zum ethnischen Bürgerkrieg. Antagonismus Erinnerung und Gewalt in ethnischen Konflikten. . In: *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft*. Trotha, Trutz von (Hg.). Westdeutscher Verlag: Opladen/ Wiesbaden.
- Rathfelder, Erich. 1998. Sarajevo und danach. München: Beck.
- Regan, Patrick M. 1996. Conditions of Successful Third-Party Internvention in Intra-State Conflicts. In: *Journal of Conflict Resolution*. Vol.40, No.2, June 1996:336-359.
- Rotim, Karlo. 1997. Obrana Herceg-Bosne [Die Verteidigung Herceg-Bosnas]. Grafotisak: Siroki Brijeg.

- Schmidt-Eenboom, Erich. 1995. *Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND.* Düsseldorf: Econ.
- Waldmann, Peter. 1989. *Ethnischer Radikalismus: Ursache und Folge gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Waldmann, Peter. 1995. *Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt.* Vortragsmanuskript.
- Waldmann, Peter. 1997. *Veralltäglicung von Gewalt: Das Beispiel Kolumbien.* In: *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft.* Trotha, Trutz von (Hg.). Westdeutscher Verlag: Opladen/ Wiesbaden.
- Zartmann, William (Hg.). 1995. *Elusive Peace. Negotiating and End to Civil Wars.* The Brookings Institution: Washington D.C.